

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917**

7.2.1917 (No. 37)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 37

Mittwoch, den 7. Februar 1917

160. Jahrgang

Expeditio:  
Karlshöhe, Baden Nr. 14  
Karlshöhe Nr. 263 und 264,  
Postfachstelle Karlsruhe  
Nr. 3515.

Vorauszahlung: vierteljährlich 1.4; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 1.4 17 7/8 —  
Anzeigengebühr: die 6mal gesaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abgabe, bei  
als Kassenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von  
zwangsvoller Beitreibung und Kontowechseln seit der Abgabe fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung,  
Kassensperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die  
Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen.

Unverlangte Drucksaften  
und Manuskripte werden nicht  
zurückgegeben und es wird  
keine Haftung für irgendwelcher  
Verluste übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben  
Sich unter dem 17. Januar d. J. gnädigst bewogen ge-  
funden, dem Bahmwärter Franz Sed auf Kosten 50a der  
Main-Redaktion, Gemartung Landenbach, die kleine goldene  
Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben  
Sich unter dem 17. Januar d. J. gnädigst bewogen ge-  
funden, dem Zollausseher Wilhelm Zug beim Finanzamt in Bruch-  
sal die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben unterm 29. Januar d. J. gnädigst geruht, den  
vortragenden Rat beim Finanzministerium und Stell-  
vertretenden Bundesratsbevollmächtigten, Geheimen  
Oberfinanzrat Seruntan Kempff in Berlin unter Belas-  
tung in seiner bisherigen Verwendung zum Ministerial-  
direktor zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog  
haben unterm 22. Januar d. J. gnädigst geruht, den Re-  
visor Julius Kasper beim Ministerium des Kultus und  
Unterrichts unter Verleihung des Titels „Oberrevisor“  
zu ernennen.

Die Reallehrer Max Glöckner an der Realschule Achern,  
Ernst Göke am Gymnasium Pforzheim, Ernst Döhl an  
der Oberrealschule Freiburg und Eugen Weiser an der  
Landstammenschule Geroltsheim mit Wirkung vom  
1. Januar d. J. an landesherrlich anzustellen.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat  
unterm 23. Januar d. J. den Eisenbahnsekretär Gustav  
Reindel in Bruchsal nach Wiesloch-Walldorf versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat  
unterm 29. Januar d. J. den Eisenbahnsekretär Otto  
Schweiderer in Kuppenheim nach Herbolzheim versetzt.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 6. Februar.

#### \* Vom Tage.

Lloyd George, der englische Ministerpräsident, hat  
vorgestern in Carnarvon eine Rede gehalten, die auch  
unser Interesse beanspruchen darf. Naturgemäß befahte er  
sich in der Hauptsache mit dem von uns angekündigten,  
verschärften Unterseebootkrieg. Der englische  
Premier scheint die Gefahren, die diese Verschärfung für  
Großbritannien zu bedeuten hat, richtig einzuschätzen. Er  
nennt die Ankündigung eine „energischer werdende Be-  
drohung durch Deutschland“ und erklärt, die drohende  
Gefahr sei groß, so daß man sie nur durch Mut und Ent-  
schlossenheit bewahren könne. Das britische Volk müsse  
daher seine Regierung mit Geld, Arbeit und anderen Op-  
fern unterstützen. Ferner seien alle Hilfsmittel der Al-  
liierten zu organisieren. Nach der Ansicht Lloyd George's,  
der eben für seine kriegerischen Zwecke den letzten Mann  
und den letzten Schilling benötigt, hat das englische Volk  
noch immer nicht genug getan. In ganz Europa gebe  
es kein kriegsführendes Land, in dem die Menschen im  
allgemeinen weniger zu leiden hätten, als in Großbritannien.  
Nun, Lloyd George kann sich trösten. Unsere U-  
Boote werden sehr bald dafür sorgen, daß dies anders  
wird. Lloyd George hofft, den Krieg noch in diesem  
Jahre siegreich zu beenden. Sein Ziel ist die Zerschmet-  
terung der preussischen Militärmacht. Es zeugt immer-  
hin von einiger Besonnenheit, wenn er meint, daß dieses  
Ziel sich erst nach Überwindung mancher, großer Hemm-  
nisse werde erreichen lassen. Nach seinen Angaben hat  
das neue Kabinett allerlei Bedeutames getan, um den  
Erfolg zu sichern. Hunderttausende von Tonnen des  
Schiffraumes würden geparkt, und neue Schiffe mit ei-  
nem Inhalt von Hunderttausenden von Tonnen seien auf  
Stapel gelegt. Durch große, über das ganze Land ver-  
breitete Organisationen werde die Förderung des Le-  
bensmittelmarchtes besorgt. Die Schiffraumnot und  
die Unzulänglichkeiten in der Ernährung sind für Lloyd  
George die inneren Hauptschwierigkeiten, mit denen Eng-  
land zu kämpfen hat. Nur durch Sparsamkeit und durch  
die Organisation des Heimatdienstes könnten sie über-  
wunden werden. Es ist ja bekannt, daß die britische Re-  
gierung (und neuerdings auch die französische) ein Hilfs-  
dienstgeheiß nach unserem Muster plant, um alle Kräfte des  
Mit einer Beil.: Amtl. Gewinnliste d. Wohltätig.-Geldl. z. Besten der Bayer. Freiwill. Sanitätskol. v. Roten Kreuz u. des Rettungsdienstes d. Stadt München

Volk heranzuziehen. Lloyd George liest schließlich ganz  
offen Kritik an dem gemeinsamen Zusammenarbeiten der  
Entente. Man habe sich auf dem Balkan eine gute Ge-  
legenheit nach der andern entgehen lassen. Es fehle an  
dem rechten Zusammenwirken aller; sein Tadel habe da-  
her allen Alliierten, nicht bloß einem einzelnen Lande, zu  
gelten. Der letzte Kongreß — er meint den in Rom statt-  
gehabten — sei abgehalten worden, um den Fehlern abzu-  
helfen. Die Rede schloß mit dem Satz, man dürfe keine  
Zeit verlieren, da die Zeit ein unentschiedener und zou-  
dernder Neutraler sei, von dem noch garnicht feststehe, auf  
welche Seite er sich stellen wird. Geht man die Rede  
Lloyd George's in ihrer Gesamtheit durch, so muß man  
sagen, daß sie nicht sehr zukunftsroh klingt. Man war  
bisher von Lloyd George einen ganz andern Ton ge-  
wohnt. Schon daß er die sonst als den willkommensten  
Kriegsbefürworter gepriesene Zeit mit so offenkundigem Zwei-  
fel betrachtet, gibt zu denken. Aber auch das Eingestän-  
nis der schweren Fehler, die Bemerkung, bisher habe je-  
der seinen eigenen Krieg geführt, und die Anerkennung  
der großen Gefahr, die England durch den U-Bootkrieg  
droht, verleihen seinen Ausführungen eine gewisse  
Schwere und Dürstheit. Möglich ist es ja, daß er ab-  
sichtlich, ohne seine innerliche Überzeugung die Dinge grau  
in grau malt, um so das englische Volk und die Alliierten  
zu noch höheren Leistungen anzuspornen. Aber seine  
Angaben sind doch auch andererseits so sachlich gehalten  
und zudem so allgemein bekannt, daß sich eben nur der  
über sie hinwegsehen kann, der in leichtfertiger Selbst-  
täuschung beharren will. Die englischen Staatsmänner  
haben aber eigentlich für das Reale stets einen offenen  
Blick gehabt.

Die Nachrichten, die über den Atlantischen Ozean zu  
uns dringen und uns über die Lage in Nordamerika  
unterrichteten, sind einigermassen verworren und bedürfen  
oft der Bestätigung, da Neuter ja fast den ganzen über-  
seeischen Nachrichtenbereich beherrscht. Zweierlei läßt sich  
jedoch mit einiger Deutlichkeit erkennen, einmal, daß  
Nordamerika noch keineswegs zum Kriege entschlossen ist,  
zum andern, daß die Lösung der diplomatischen Be-  
ziehungen ihren Fortgang nimmt und schon eine Reihe  
von Maßnahmen herbeigeführt hat, die man kaum an-  
ders als kriegsvorbereitend bezeichnen muß. Von meh-  
reren Seiten wird auf nachdrücklichste betont, daß das  
amerikanische Volk in seiner Mehrheit eine aktive Teil-  
nahme am Kriege nicht wünscht. Und wenn dies richtig ist,  
so hätte Wilson mit einer derartigen Stimmung wohl zu  
rechnen. Andererseits hat die Union nach Neutermeldun-  
gen bereits die Wahrnehmung der Interessen der Krieg-  
führenden eingestellt, seine Konflikt aus Deutschland ab-  
berufen, die Ausgabe von Rassen an Deutsche eingestellt  
und angeordnet, daß deutsche Schiffe an der Ausreise be-  
hindert werden sollen. Die in nordamerikanischen Häfen  
liegenden deutschen Hilfskreuzer sind beschlagnahmt wor-  
den, und die deutschen Besatzungen der in den philippini-  
schen Häfen ankommenden Schiffe haben verstanden, die Maschi-  
nen ihrer Schiffe zu zerstören. Die Senatskommission  
hat inzwischen 17 Gegenentwürfe angenommen, die der  
Regierung der Vereinigten Staaten die Bekämpfung von  
Neutralitätsverletzungen, so namentlich im Lande selbst,  
erleichtern sollen. Was die Haltung der europäischen  
Neutralen betrifft, so blickt diese natürlich nach Wa-  
shington, um abzuwarten, was dort geschieht. Die An-  
sichten bei ihnen sind geteilt. Während die einen die Not-  
lage Deutschlands anerkennen, lassen andere jegliches Ver-  
ständnis für uns vermissen und gefallen sich in Be-  
schimpfungen, die für ein neutrales Land unziemlich sind.  
Zedoch haben wir den Eindruck, daß die besonnenen Ge-  
müter die Oberhand haben. Allgemein wird auf die gro-  
ßen Schwierigkeiten hingewiesen, vor die der verschärfte  
U-Bootkrieg die Neutralen stellt. Aber es finden sich ge-  
rade hier doch auch Stimmen, die ehrlich genug sind zu-  
zugeben, daß Krieg eben Krieg sei, und daß Deutschland  
nicht anders handeln konnte. Die ganze Welt erlebt  
zurzeit Lage der höchsten Spannung. Ein Beweis dafür,  
daß die Ankündigung des unbeschränkten U-Bootkrieges  
in der Tat als das bedeutendste Ereignis seit Beginn des  
Krieges aufzufassen wird. Wir werden die Entwicklung  
der Dinge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen haben. Vor-  
derhand dreht sich alles um die Frage, was die Union zu-  
tun gedenkt.

### Die Deutsch-amerikanische Krise.

#### Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Berlin, 6. Febr. Botschafter Gerard erschien heute  
vormittag im Auswärtigen Amte und machte offiziell  
Mitteilung von dem Abbruch der Beziehungen,  
worauf er seine Pässe verlangte. Alsdann begab  
sich Gerard in die Botschaft zurück und empfing dort  
amerikanische Journalisten. Wie die „Pres. Ag.“ von  
dem Besuch Gerard's bei Staatssekretär Zimmermann  
noch meldet, bewegte sich die Unterhaltung zwischen den  
beiden Herren in den freundschaftlichsten Formen, die  
ihrem langjährigen amtlichen und persönlichen Verkehr  
entsprechen. Auch wurde dabei von beiden Seiten dem  
Wünsche Ausdruck gegeben, daß der jetzige Abbruch der  
diplomatischen Beziehungen nicht zu den letzten Konse-  
quenzen führen werde.

New York, 3 Febr. (Durch Junkspruch vom Vertreter  
des W. A. B.) Durch „Associated Press“ meldet aus Wa-  
shington: Amtlich wird mitgeteilt, daß dem deutschen Bot-  
schafter Grafen Bernstorff um 2 Uhr die Pässe  
zugestellt worden sind. Die Abreise des Botschafters  
aus den Vereinigten Staaten wird in Beratungen zwi-  
schen dem schweizerischen Gesandten und dem Staatsde-  
partement festgesetzt werden.

Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff ist, wie  
Berliner Blätter melden, von Washington nach Mexiko  
abgereist, wo er seit sich unser bisheriger Gesandte  
von Single nach China begeben hat, gleichfalls be-  
glaubigt ist. Mit dem Grafen Bernstorff ist der öster-  
reichisch-ungarische Botschafter Graf Tarnowski,  
der erst vor wenigen Tagen aus Wien in Washington  
eingetroffen war, gleichfalls nach Mexiko abgereist.

#### Die deutschen und österreichischen Schiffe in Amerika.

Rotterdam, 5. Febr. Nach einer Neuterdebesche aus  
New York sollen sämtliche deutschen Schiffe in  
New York und Hoboken, darunter der große Dampfer  
„Waterland“ beschlagnahmt worden sein. Man  
erklärt, daß die Besatzungen der deutschen Schiffe, die in  
den Häfen der Philippinen interniert sind, vernichten,  
die Maschinen zu zerstören. Die Behörden ergriffen da-  
rauf die nötigen Maßnahmen, um auf den in den Häfen  
der Philippinen liegenden 22 deutschen Schiffen, Beschä-  
digungen zu verhindern. (T. A.)

Manila, 5. Febr. (Neuter.) Die Zollbeamten, die  
die hier liegenden deutschen Dampfer untersuchten,  
fanden, daß die Maschinen von neun Dampfern  
zerstört waren und daß bei den übrigen Schiffen die  
Feuer unter den leeren Kesseln brannten.

New York, 5. Febr. (Neuter.) Das Kanonenboot  
„Geier“, das in Honolulu interniert ist, wurde von  
der Besatzung in Brand gesteckt und steht in  
Flammen.

Der kleine Kreuzer „Geier“ war, wie das „B. L.“  
hierzu bemerkt, bei Kriegsansbruch auf der Reise von der  
ostafrikanischen Station nach der Südpazifik unterwegs. Das  
Schiff hat das Dentbarste geleistet, um die feindliche  
Schiffahrt in der Südpazifik zu schädigen.

London, 5. Febr. Der Korrespondent des „Daily Chro-  
nicle“ in New York telegraphiert, daß man versucht habe,  
den Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ un-  
brauchbar zu machen. Ein Beamter der Hafens-  
polizei entdeckte, daß Feuer unter den leeren Kesseln an-  
gezündet waren. Alle Schrauben waren gelodert, und es  
befand sich nichts an Bord, um die beschädigten Maschinen  
wieder herzustellen. Die Reserveteile sind ver-  
mutlich über Bord geworfen worden. Man wird  
im Hafen darnach suchen. Die Besatzung wurde nach dem  
Einwandererbureau gebracht. 200 Polizeibeamte bewa-  
chen jetzt das Schiff.

Bei der Untersuchung des österreichischen  
Frachtdampfers „Simalaja“ entdeckte man  
daß die Maschinen teilweise mit Brechsteinen, die man  
auf dem Fußboden des Maschinenraumes fand, zer-  
stört worden waren. Es geht das Gerücht, daß auch der  
Dampfer „Waterland“ in Hoboken beschädigt ist  
und daß die Reparatur mehrere Monate in  
Anspruch nehmen werde.

Haag, 5. Febr. Reuter meldet laut „Teff. Btg.“ aus London: Wie verlautet, hat vorläufig die amerikanische Regierung nicht die Absicht, die deutschen Handelschiffe, die in amerikanischen Häfen aufgelegt sind, zu beschlagnahmen, da dies eine Kriegshandlung sein würde. Andererseits ständen Kriegsschiffe, wie die Hilfskreuzer „Prinz Wilhelm“ und der „Prinz Eitel Friedrich“, die zeitweise interniert waren, bereits im Gewahrsam der Vereinigten Staaten. „Appam“ und die „Kronprinzessin Cecilie“, die durch Kontrollbeamte der Vereinigten Staaten in Verwahrung genommen wurden, ständen technisch schon unter Aufsicht der Gerichtshöfe. Die Beamten erklären, die behördliche Verfügung, 4 deutsche Kauffahrteischiffe in Panama zu beschlagnahmen, sei zweifellos eine Maßnahme vorübergehender Art, die Zweck habe, zu verhindern, daß die Besatzung die Schiffe in die Luft sprengt und hiermit den Kanal gefährdet.

Nach weiteren Meldungen wurde der Führer der „Appam“, Leutnant Hans Berg, und seine deutsche Besatzung in New York durch Küstenbewachungen von der „Appam“ heruntergeholt. Auf Befehl der Gerichtsbehörden wurde die „Appam“ an eine Kette gelegt, bis zu dem Termin für das Urteil in höherer Instanz, an die appelliert worden war gegen das Urteil des Bundesgerichtshofes, nach welchem das Schiff den englischen Eigentümern zurückgegeben werde. Die Besatzungen der in Philadelphia internierten deutschen Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ und „Prinz Eitel Friedrich“, wurden gefangen genommen.

#### Die Ladung für die „Deutschland“.

London, 6. Febr. Reuter meldet lt. W.B. aus Washington, daß beinahe sofort nach der amtlichen Mitteilung, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien, in der in New London für das Unterseeboot „Deutschland“ aufgestapelten Ladung Feuer ausbrach.

(Notiz: Wir heinerten hierzu, daß die „Deutschland“ die dritte Ausreise nach Amerika nicht angetreten hat und in ihrem deutschen Hafen liegt.)

#### Amerikanische Maßnahmen.

Amsterdam, 5. Febr. „Daily News“ melden aus Washington: Der amerikanische Marineminister hat gestern nach Guantanamo auf Cuba, wo sich eine Schiffsdivision der atlantischen Flotte befindet, dringend die Ordre gegeben, die Schiffe gebrauchsfertig zu halten. Ein Militärbattalion ist Freitag von Baltimore in Washington angekommen, um die Gebäude und Monumente zu bewachen. Telegramme aus den verschiedenen Landesteilen melden, daß anderweitig die gleichen Maßregeln getroffen wurden; auch in den Munitionsfabriken sind die Wachen verstärkt worden.

Kopenhagen, 5. Febr. Ein Newyorker Telegramm, das „Politiken“ aus London erhielt, bestätigt, wie auch anderweitig gebrachte Meldungen, daß Amerika auch im Falle eines Krieges zunächst nicht beabsichtigt, Truppen nach Europa zu schicken, da es dazu vor 1918 gar nicht in der Lage wäre. Dagegen besteht die Absicht, die amerikanischen Munitionsfabriken bedeutend zu vergrößern und die Lieferungen zu vermehren. (W. Sghl.)

Lugano, 5. Febr. Italienische Blätter melden aus Newyork, daß dort freiwillige Maschinengewehrtruppen gebildet werden. 8000 Polizisten wurden zum Militärdienst einberufen. (Nat. Btg.)

Haag, 5. Febr. Reuter meldet aus Washington: Das Staatsdepartement des Äußern hat den Gesandten und Konsularvertretern in England, Frankreich, Rußland, Japan, Rumänien, Serbien, Griechenland, Ägypten und Marokko befohlen, alle Tätigkeiten zur Wahrung der deutschen Interessen, die sie übernommen haben, einzustellen und nähere Berichte abzuwarten, der durch die eine oder andere neutrale Regierung übermittelt werde, welchen Staaten Deutschland die Vertretung seiner Interessen anzuvortragen wünscht. (Nach der Spasmeldung aus Washington wird die Schweizer Gesandtschaft die diplomatischen Interessen Deutschlands in den Vereinigten Staaten übernehmen.) Das Staatsdepartement macht bekannt, daß die Vertretung der britischen Interessen in Deutschland Holland anvertraut ist, die Vertretung der Interessen Japans und Serbiens in Deutschland Spanien und die rumänischen Interessen vorläufig ebenfalls Spanien, bis die rumänische Regierung weiteres von sich habe hören lassen. Ferner wurde bekannt gemacht, daß alle amerikanischen Konsuln den Befehl erhalten haben, Deutschland zu verlassen. Es wird erwartet, daß Deutschland ebenfalls seine Konsuln aus den Vereinigten Staaten zurückrufen werde. Das Exequatur der letzteren wird von der amerikanischen Regierung nicht zurückgezogen werden, da dies bereits eine Kriegstat sein würde. Man ist der Ansicht, daß alle deutschen Konsuln einsehen werden, daß sie die Vereinigten Staaten zu verlassen haben. Das Ausschließen von Pässen für Deutschland wurde eingestellt. Wenn Österreich-Ungarn der von Deutschland angenommenen Haltung zustimme, werde auch die Ausstellung der Pässe nach diesem Lande beendet werden. (Teff. Btg.)

Washington, 5. Febr. (Reuter.) Dem belgischen Gesandten wurde mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten ihre diplomatischen Vertreter in Belgien nicht abberufen, außer wenn die deutschen Militärbehörden ihnen ein längeres Verbleiben unmöglich machen. Auch die Amerikaner, die für die Hilfsmission arbeiten, sollen vorläufig in Belgien bleiben.

#### Friedensstimmen.

Berlin, 6. Febr. Im Weißen Hause in Washington sollen, einigen Morgenblättern zufolge, viele Telegramme und Schreiben einlaufen, die dringend zum Frieden rufen. Laut „Deutscher Tageszeitung“ wurde in Newyork am Freitagabend eine riesige Friedensdemonstration veranstaltet.

Bryan sagte mit tosendem Beifall: „Gott behüte uns vor einem Krieg mit Deutschland!“

#### Eine Aufforderung Wilsons an die Neutralen.

Amsterdam, 6. Febr. Ein Pressebureau veröffentlicht eine Depesche aus Washington vom 5. Februar, die Präsident Wilson an die Neutralen abgeschickt hat, worin er sie auffordert, einen Protest gegen das Auftreten Deutschlands gegen den neutralen Handel zu unterstützen. Dieser Schritt sei eine Vorbereitung für den Plan, gemeinsam auf die Beschleunigung des Friedens und auf die Beschützung der Rechte der Neutralen hinzuwirken.

Berlin, 6. Febr. (Schweiz. Dep.-Ag.) Präsident Wilson hat an die schweizerische Regierung eine Note gerichtet, in der er diese einlädt, sich dem Vorgehen Amerikas gegenüber Deutschland anzuschließen. Der Bundesrat hat heute in einer besonderen Sitzung sich mit dieser Note befaßt und die Antwort an den Präsidenten Wilson festgestellt, die erst veröffentlicht wird, wenn Wilson in ihrem Besitz ist. Die aus Amerika stammende Nachricht, nach der die Schweiz mit der Vertretung der deutschen Interessen in Amerika betraut worden sei, ist verfrüht. Dagegen besteht nach Ermittlungen der Schweizerischen Depeschagentur kein Zweifel darüber, daß die Schweiz gegebenenfalls einen solchen Auftrag annimmt.

London, 6. Febr. Das Reuterische Bureau meldet aus Washington: Die amerikanischen Vertreter im Auslande haben die Instruktion erhalten, daß Wilson glaube, es werde zum Frieden führen, wenn die Neutralen dem Beispiele Amerikas folgten.

Kopenhagen, 6. Febr. Dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge wird der Kopenhagener „Nationaltidende“ aus London gemeldet, die Gesandten Hollands, Argentiniens und Spaniens hätten vorgestern mittig in Washington eine Unterredung mit Staatssekretär Lansing gehabt.

Basel, 5. Febr. („Teff. Btg.“) „Sabas“ meldet aus Paris: Der „Liberté“ wird aus Madrid gemeldet, die Vereinigten Staaten hätten auch die diplomatischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn abgebrochen. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Wien, Penfield, habe den Abberufungsbeefehl erhalten. Er werde sich mit Gerard in Barcelona an Bord eines spanischen Dampfers einschiffen und über Cuba nach Newyork reisen.

#### Zweiter Tagesbericht vom 4. Februar.

Berlin, 5. Febr. (Amtlich.) Von den Fronten sind größere Kampfhandlungen nicht gemeldet.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Berlin, 3. Febr. Bei dem Angriff australischer Truppen an der Straße Beaulencourt-Guendecourt am 1. Februar wurde, wie dem W.B. gemeldet wird, die angreifende Kompanie fast vollkommen aufgerieben. Es war der australischen Kompanie in kräftig durchgeführtem Vorstoß gelungen, in einem Teil der deutschen Gräben einzudringen. Sie wurde jedoch von den deutschen Verteidigern an beiden Flanken gepackt und ausgerollt, wobei 1 Offizier und 25 Mann gefangen genommen wurden. 50 tote Australier wurden in dem wiedereroberten Grabenabschnitt geborgen. Die gleiche Zahl liegt tot oder schwerverwundet vor den Gräben. Der Versuch der Australier, an der erwähnten Straße, die zwischen der vielumstrittenen Butte-de-Barlencourt und Le Transloy nach Beaulencourt liegt, festen Fuß zu fassen, ist demnach völlig mißglückt.

Der französische Junfruch vom 2. Februar, 4 Uhr 30 Min. nachmittags meldet einen am 1. Februar abends durchgeführten Angriff deutscher Truppen auf französische Gräben südlich Reintrey, der im französischen Feuer scheiterte. An der genannten Stelle hat ein Angriff überhaupt nicht stattgefunden.

Bern, 5. Febr. Als in der vorgestrigen Sitzung der französischen Kammer Guichard die sofortige Entlassung der Mannschaften der Jahresklassen 1888/89 verlangte, erhob sich, Pariser Blättern zufolge, Kriegsminister Spautey und erklärte, den Antrag nicht annehmen zu können, da derart der Armee 300 000 Mann entzogen würden. Er müsse eine Ablehnung verlangen und die Vertrauensfrage stellen. In der Kammer herrschte lebhaftest Aufregung. Maginot unterstützte den Kriegsminister, der sich nochmals erhob und betonte, die Vertrauensfrage gestellt zu haben. Der Antrag wurde abgelehnt. (W.B.)

#### Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

W.B. Wien, 5. Febr. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz:

Feindliche Abteilungen, die gegen unsere Stellungen südwestlich Brzezau vorrückten, wurden durch Feuer vertrieben.

#### Italienischer Kriegsschauplatz:

Gestern Morgen drang eine Abteilung des Feldjägerbataillons Nr. 30 in eine feindliche Stellung westlich des Flöden Passes (Karnischer Raum) ein, nahm einen Offizier und 48 Mann gefangen und erbeutete ein Maschinengewehr, einen Minenwerfer und mehrere Gewehre. Nach Zerstörung der gewonnenen Anlagen des Feindes zogen unsere Jäger ohne nennenswerte eigene Verluste in ihre Stellungen zurück. Sonst keine Ereignisse von Belang.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Lage unverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Hüfer, Feldmarschallleutnant.

#### Der Krieg zur See.

Die Staatssekretäre Helfferich und Zimmermann über den uneingeschränkten U-Bootskrieg.

Berlin, 5. Febr. Der Staatssekretär des Innern, Excellenz Dr. Helfferich, hat dem Vertreter der norwegischen Zeitung „Tidens Tegn“, Herrn Bjellbo, folgende Erklärung gegeben:

„Wir haben zum uneingeschränkten U-Bootskrieg gegriffen, weil wir in ihm ein sicheres und wirftames Mittel sehen, den Krieg abzukürzen und der Seeherrschaft Englands ein für allemal ein Ende zu machen. Gewiß werden die Neutralen unter dem U-Bootskrieg zu leiden haben. Aber leiden sie nicht schon heute unter dem Wirtschaftskrieg Englands in einem geradezu unerträglichen Maße? Fragen Sie bei Ihrer eigenen Regierung und bei Ihren Landsleuten an, durch welche Mißhandlung und Erpressung England die norwegischen Schiffe zwingt, in seinem Dienst Bannware zu fahren, bis es Ihre Fischerei erdroffelt und Ihre Industrie durch die plötzliche Vorenthaltung von Kohlen lahmlegt. Sie dürfen überzeugt sein, daß die Schwierigkeiten, die Norwegen aus dem neuen U-Bootskrieg erwachen können, gering sind, gegenüber den Leiden und Schädigungen, die der englische Wirtschaftskrieg Ihnen bisher zugefügt hat.“

Wir werden unsererseits alles tun, was in unserer Kraft steht, um die Ihnen aus dem U-Bootskrieg entstehenden Schwierigkeiten abzumildern. Ich weiß, daß die Kohlenfrage für Sie im Vordergrund steht. Wir haben selbst augenblicklich infolge der starken Inanspruchnahme unserer Eisenbahnen gewisse Schwierigkeiten in der Kohlenverforgung. Wir werden Ihnen trotzdem aus helfen können. Wir haben die Kohlenausfuhr nach Schweden, das von England seit Kriegsbeginn im Stiche gelassen worden ist, von 418 000 Tonnen im Jahre 1913 auf rund 4 Millionen Tonnen im Jahre 1916 gesteigert. Dies zeigt Ihnen, was wir trotz des Krieges leisten können. Ein Zurück gibt es für uns nicht. Wir gehen unseren Weg zum Ziel. Ich bin überzeugt, daß die Neutralen uns das noch danken werden.“

Berlin, 5. Febr. Eine Anzahl amerikanischer Zeitungskorrespondenten hat gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Excellenz Zimmermann, mit einer Unterredung. Der Staatssekretär empfing die Herren und sagte ihnen etwa folgendes:

„Wir sind noch nicht im Besitz einer offiziellen Mitteilung aus Washington; die Entscheidung des Präsidenten Wilson hat uns erstirmt und enttäuscht. Seit der Ablehnung unseres Friedensangebotes durch die Entente blieb uns in der Verteidigung unserer Existenz kein anderer Schritt übrig als der uneingeschränkte U-Bootskrieg. In dem Kampfe gegen die Völkerrechtsverletzungen der Entente haben uns die Vereinigten Staaten ihren Beistand versagt. Wir haben keine bedingungslosen Vorschläge gemacht, auf den uneingeschränkten U-Bootskrieg zu verzichten, und kein Versprechen gebrochen. Wir hoffen, daß Präsident Wilson die amerikanischen Schiffe vor den Gefahren des Sperrgebietes warnen wird. Im Kampfe um unsere Existenz gibt es für uns kein Zurück mehr.“ (W.B.)

Washington, 5. Febr. Nach einer Reutermeldung von hier ist beim Staatsdepartement eine Depesche vom amerikanischen Konsul in Plymouth eingetroffen, daß der amerikanische Dampfer „Goufatanic“ vor der Verfenkung durch das deutsche U-Boot eine Warnung und Gelegenheit zur Rettung der Besatzung erhalten habe. — Lloyd's meldet, daß der Kapitän und die Besatzung der „Goufatanic“ getandet worden sind.

Philadelphia, 4. Febr. (Reuter.) Das Torpedoboot „Jacob Jones“, das in der Nacht zum 3. Februar von Boston angekommen war, um eine Maschinenprüfung vornehmen zu lassen, blieb die Nacht über im Fluß. Als man gestern begann, das Torpedoboot nach dem Docks zu schleppen, begann es zu sinken. Es gelang, das Schiff zu retten. Ein Mann der Besatzung wurde unter Sabotageverdacht verhaftet.

#### Ein Geheimbefehl des französischen Marineministeriums.

In der Beschriftung der Kaiserlich Deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Kauffahrtschiffe vom 11. Februar 1916 sind die Geheiminstruktionen der britischen Admiralität veröffentlicht, die sich auf die Benutzung und Instandhaltung der Bewaffnung auf Kauffahrtschiffen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind, beziehen und auf dem am 3. November 1915 im Mittelmeer versenkten bewaffneten englischen Dampfer „Woodfield“ von einem unferen U-Boote erbeutet wurden. Unter anderem besagen diese Instruktionen, daß der armierte Dampfer auch dann das Feuer zu eröffnen hat, wenn das feindliche U-Boot noch keine entschieden feindliche Handlung, wie z. B. Abfeuern eines Geschüßes oder Torpedos begangen hat. Am 29. Oktober 1916 ist uns auf einem französischen Handelschiff die Geheiminstruktion des französischen Marineministeriums in die Hände gefallen, welche den gleichen Gegenstand behandelt. Aus dem Inhalt des Schriftstückes sind folgende Sätze von aktuellem Interesse:

Manöver im Falle des Angriffs. Sobald ein U-Boot, das aufgetaucht fährt, bemerkt wird, drehe man ihm das Heck zu, bringe die Maschinen zur Entwidlung höchster Geschwindigkeit und schlage, wenn man sich auf offenem Meer befindet, einen kleinen Kurs ein, daß das U-Boot entgegenkommt, um näher heranzukommen, gegen die See anzulaufen, wodurch seine Geschwindigkeit herabgedrückt und seine Artilleriewirkung beeinträchtigt wird. Man eröffne das Feuer, sobald das U-Boot sich in guter Schußweite befindet. Wenn das Schiff gejagt wird, und das U-Boot infolge seiner größeren Geschwindigkeit näher kommt, zögere man nicht, bevor es zu nahe gekommen ist, um zu drehen und das U-Boot zu überlaufen. Wenn ein getauchtes U-Boot auf nahe Distanz bemerkt wird, drehe

man seine Maschinen zur Entwicklung größter Geschwindigkeit und drehe auf das U-Boot zu oder von ihm ab, je nachdem man es weniger oder mehr als 6 Strich von vorn stellt. Wenn man ihm den Bug zubreht, bemühe man sich, es zu überkaufen. Wenn das getauchte U-Boot in genügend weiser Entfernung bemerkt wird, manöviere man so, als wenn man ein aufgetauchtes U-Boot vor sich hätte."

### Türkischer Kriegsschauplatz.

**Konstantinopel, 5. Febr. (W.B.) Generalstabbericht.**  
**Ligrisfront:** Südlich des Ligris heftiger Artilleriekampf. An der Hellas-Stellung Infanterie- und Artilleriefuer und Kämpfe zwischen Aufklärungspatrouillen zu unseren Gunsten. Aus Gefangenenausagen geht hervor, daß während des Kampfes am 1. Februar 1917 zwei feindliche Bataillone, jedes in einer Stärke von 700 Mann, denen es gelang, in unsere Stellungen einzudringen, vollständig vernichtet wurden.

**Persische Front:** Wir nahmen dem Feind einen Zug von 335 beladenen Kamelen ab.

**Kaukasusfront:** Wir schlugen feindliche Angriffsversuche gegen unseren rechten Flügel ab.

Nach späteren Meldungen wurden bei unserer Beschießung von Tenedos ein Ballonabwehrgeschütz und der Leuchtturm der Insel zerstört sowie acht Lastkähne versenkt. Ein von Tenedos geflüchteter Einwohner erklärte, daß auf der Insel kein Hospital vorhanden sei. Infolgedessen hat der Feind durch das Aufziehen von rote Kreuz-Bahnen im Augenblick unserer Beschießung neuerdings einen Versuch gegen die Genfer Konvention begangen. Ein feindliches Schiff, das sich dem früher von uns bei Castellori versenkten feindlichen Kreuzer zu nähern versuchte, wurde durch unser Artilleriefuer zum Sinken gebracht.

Der stellvertretende osmanische Oberbefehlshaber.

### Aufhebung der Dienstbefreiungen in der Türkei.

**Konstantinopel, 3. Febr.** Die Kammer erörterte, H. B. L. B., den durch Verordnung provisorisch in Wirksamkeit gesetzten Entwurf über die Einberufung der gegen Entrichtung einer Taxe befreiten Reservisten und Landsturmlente. Nach dem Entwurf soll die Taxe für den noch übrigen Zeitraum zurückgezahlt werden. Der Berichtshaber des Heeresauschusses begründete die gebietliche Notwendigkeit des Gesetzes und erklärte, daß sich die osmanische Nation in einem Kampf auf Leben und Tod befindet und alle Maßnahmen zur Sicherung des endgültigen Sieges ergreifen müsse. Nach der Abstimmung über den Gesetzesentwurf schlug ein Vertreter des Kriegsministeriums einen Zusatz für den ersten Artikel vor, durch den die Aufhebung der Dienstbefreiungstage ausgesprochen wird. Verschiedene Abgeordnete verlangten Befreiung der Landwirte und anderer Leute. Zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung und des Heeres, sowie zur Sicherung der unerlässlichen Dienstzweige und unerheblichen Bevölkerungsklassen, wie des zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs nötigen Personals. Ein Vertreter des Kriegsministeriums gab die Versicherung ab, das Ministerium werde die Bedürfnisse des Landes berücksichtigen, und er schlug einen Zusatz vor, wonach diejenigen, denen ein Aufschub des Dienstankrites zugesprochen worden sei, zur Erleichterung der Kontrolle als Soldaten betrachtet werden sollen. Er führte das Beispiel Deutschlands an, wo der Zivildienst bis zum 60. Jahre eingeführt worden sei. Das Gesetz wurde zur Abänderung an die Kommission verwiesen.

**Neubildung des türkischen Kabinetts.** Die „Agence Mill“ meldet: Großvezir Said Halim Pascha hat den Sultan aus Gesundheitsrücksichten um Entlassung gebeten. Der Sultan hat das Rücktrittsgesuch angenommen und den Minister des Innern, Zalaat Bey, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Zalaat Bey hat die Kabinettsbildung angenommen. Das Kabinetts setzt sich wie folgt zusammen: Zalaat Bey Großvezir und Inneres und zeitweilig Finanzen, Massa Kazim Effendi Scheich ul Islam, Wafaf Bey Aukeres, Salih Bey Justiz und Vorsitzender des Staatsrates. Ender Pascha Krieg, Dschemal Pascha Marine, Schukri Bey öffentliche Arbeiten und zeitweilig Posten und Telegraphen, der Abgeordnete für Casarea Scheres Bey Handel und Ackerbau, Ar Minif Bey Gouverneur des Libanon, öffentliche Arbeiten. — Der Sultan hat Zalaat Bey den Titel Großvezir und Pascha verliehen. Das neue Kabinetts, von dem mehrere Mitglieder dem früheren angehörten, wird die bisherige Politik weiter verfolgen, nämlich energische Fortsetzung des Krieges an Seiten der Verbündeten bis zur Erreichung des Endzieles. Als sich der Zug des Großvezirs nach der hohen Porte begab, wurde er von der Bevölkerung warm begrüßt. Großvezir Zalaat Pascha hat seinen Posten angetreten und die Gläubwünsche der Reichstagsmitglieder, der Senatoren und der Abgeordneten, des diplomatischen Korps usw. entgegen genommen.

### Der Krieg und die Heimat.

#### Das Gesamtresultat der Hindenburgspende.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ berichtet: Wie in dem im Zentralblatt der preussischen Landwirtschaftskammern veröffentlichten Telegramm der Verwaltungsabteilung der Hindenburgspende an den Kaiser und Feldmarschall Hindenburg zum Ausdruck kommt, hat der Aufruf des Generalfeldmarschalls in der deutschen Landwirtschaft weiten Widerhall gefunden. Es haben bisher geliefert: Die Provinzen Posen 190 500 kg., Hannover 159 600 kg., Ostpreußen 147 500 kg., Rheinprovinz 129 500 kg., Hessen-Nassau 118 800 kg., Westfalen 108 800 kg., Preußen bisher zusammen 1 180 400 kg. (In der Zusammenstellung fehlen noch insbesondere die Provinzen Pommern und Westpreußen.) Bayern 172 000, Baden 92 500, Württemberg 51 890, Oldenburg und Sachsen je rund 32 000. Das bisherige Gesamtresultat im Deutschen Reich betrug 1 636 500 kg., gewiß ein glänzendes Zeichen für das Bestreben der deutschen Landwirtschaft zu einer besseren Ernährung der Munitionswirtschaft das ihre beizutragen.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei richtete in einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung folgendes Telegramm an den Kaiser:

Seine Majestät dem Kaiser und König, Großes Hauptquartier.  
Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei, in erster Stunde zu vaterländischer Arbeit versammelt, dankt Eurer Majestät für die getroffene verheißungsvolle Entscheidung und sieht dem nahenden Erdkampf unter Eurer Majestät Führung mit unbegrenzter Zuversicht entgegen. In unüberbrücklicher Treue zu seinem Kaiser in Einmütigkeit, Entschlossenheit und Opferwilligkeit wird das deutsche Volk alle seine gewaltige Kraft einsetzen, um auch einer Welt von Feinden gegenüber den Frieden zu erringen, der ihm Leben, Ehre und Freiheit verspricht.  
Wassermann, M. d. R.

### Weitere Nachrichten.

Ein indischer Appell an Wilson. Das Exekutiv-Komitee der indischen Nationalpartei (europäische Zentrale) hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgendes Telegramm gerichtet:

Herr Präsident! Im Namen von 315 Millionen unterdrückter Völker Indiens möchten wir Ihnen unsere Dankbarkeit ausdrücken für Ihre jüngst an den Senat gerichtete Botschaft, in der Sie mit Mut und erhabenem Idealismus die Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit vertreten haben, in dem Sie als notwendige Bedingungen eines dauernden Weltfriedens für jede Nation das Recht forderten, ihre eigene Regierungsform und ihren eigenen Weg in ihrem Entwicklungsgang zu bestimmen. Aber ein Jahrhundert lang war unser unglückliches Land das Opfer einer rassistischen Minderungs- und Ausbeutung durch England. Dieses einseitige und unheimliche, seiner moralischen Größe und geistigen Errungenschaften berühmte Land ist unfähiger Schande befallen und in den Zustand dauernder Verarmung, des Hungers und völligen moralischen und geistigen Stillstandes versetzt worden. In übereinstimmung mit den Grundgedanken, die Sie vertreten, nach welchen kein Volk das Recht haben soll, seine Herrschaft irgend einem andern Volk aufzuerlegen, fordern wir, daß Indien vom englischen Joch befreit und daß ihm Gelegenheit gegeben wird, seinen rechtmäßigen Platz im Kreise der andern Nationen einzunehmen. Die Engländer haben die Welt irreführt, indem sie ausschließlich Aufzehrungen indischer Soldlinge, — Knechte und Skolophanen, die Verräter ihres Vaterlandes sind, — beschäftigt haben, indem sie als Beweis für Indiens Teilnahme den gewaltigen Tribut an Männern und Geld darstellten, den man dem hungernden unwilligen Volke erpreßte, das um der selbstfüchtigen Interessen Englands willen sich zu Tode verblutet. Wir möchten hierdurch unsern Protest kundgeben und der unterdrückten Stimme der Verfolgten Indiens Ausdruck verleihen. In Ihrer jüngsten Botschaft an den Senat treten Sie für die völlige Freiheit der Nationen ein. Während Ihrer ersten Amtsperiode haben Sie erklärt, daß Ihre Regierung bereit sei, allen unterdrückten Nationen in ihrem Streben nach Freiheit die hilfreiche Hand zu leihen. Wir hoffen ernstlich, daß Sie jetzt Ihren eigenen Worten Wirkung verleihen und Ihre mächtige Stimme für die leidenden Millionen Indiens erheben werden. Wir erklären, daß ohne ein freies, unabhängiges Indien es keinen dauernden Weltfrieden geben kann.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 6. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb, des Ministers Dr. Hübsch und des Präsidenten Dr. von Engelberg entgegen.

Die Bewilligung der Kapitalabfindung an kriegsverwundete Personen (Kriegsteilnehmer und Witwen von solchen) zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes ist nach dem Reichsgesetz vom 3. Juli 1916 (R.G.B. 680) unter andern davon abhängig, daß für eine nützliche Verwendung des Geldes Gewähr besteht. Ob diese Voraussetzung zutrifft, unterliegt für das Großherzogtum der Prüfung der Siedlungsstelle der badischen Heimatsort und der Entscheidung der obersten Militärverwaltungsbehörde (R.M.V. 359). Solange ihnen hierüber noch keine Entscheidung zugefertigt ist, empfiehlt es sich nur die Verwundetenberechtigten nicht, endgültig bindende Verpflichtungen einzugehen, zu deren Erfüllung die erbetene Kapitalabfindung in Aussicht genommen wird. Falls mit dem Abschluß der einschlägigen Verträge nicht überhaupt bis zur Erledigung der Abfindungsgesuche zugewartet werden will, sollte in der Vereinbarung mindestens vorbehalten werden, daß ihre Wirksamkeit durch die Bewilligung oder Verlegung der Abfindung aufschiebend oder auflösend bedingt wird.

Auf die dringenden Vorstellungen des Ministeriums des Innern bei der Kohlenausgleichsstelle in Berlin, welche mündlich durch den Groß-Geandten unterstützt wurden, hat die Kohlenausgleichsstelle zugesagt, daß sie sofort Kohlenzüge aus dem Ruhrkohlengebiet nach dem Großherzogtum abzurichten suchen wird. Die Kohlenzüge werden nach Mannheim geleitet und von dort nach Weisung des Landespreiskamts — Abteilung Kohlenverförgung — den notleidenden Gebieten zugeführt. Da es immerhin fraglich ist, ob bei der Belastung der Bahn und dem bestehenden Wagenmangel diese Züge in der nötigen Zahl eintreffen werden und auf der andern Seite auch bei einem Umschlag der Witterung geraume Zeit vergehen wird, bis auf dem Wasserwege in den badischen Rheinhäfen Kohlen wieder eintreffen, so ist weiterhin größte Sparsamkeit beim Verbrauch der Kohlen geboten.

Das Ministerium des Innern hat die Kohlenbestände bei den größeren industriellen Unternehmungen und deren täglichen Verbrauch inzwischen feststellen lassen. Im Zusammenhang mit den regelmäßigen Anzeigen der Kohlenhandlungen über ihre Bestände ist somit eine Übersicht über die Hauptkohlenvorräte des Landes geschaffen, welche fortlaufend weitergeführt werden wird.

Im Interesse der Kohlenersparnis wurde u. a. verfügt, daß die Kunstgewerbeschulen, die Baugewerkschule sowie die Gewerbe- und Handelsschulen in den Städten mit mindestens 10 000 Einwohnern mit Wirkung vom 5. Februar 1917 an vorläufig für 14 Tage zu schließen sind. Die Handels- und Gewerbeschulen in den übrigen Gemeinden des Landes sollen dann geschlossen werden, wenn dies nach dem Stand der Kohlenverförgung in der Gemeinde angezeigt erscheint.

Nr. 9 des Gesetzes- und Verordnungsblattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Ministeriums des Innern: den Verkehr mit Salz betreffend; Bornahme einer Erhebung der Vorräte an Brodgetreide und Wehl, Gerste, Hafer sowie Hülsenfrüchten am 15. Februar 1917 betreffend; Kohlenverförgung betreffend.

Freiburg, 5. Febr. Im 70. Lebensjahr ist der seit Sommer 1912 hier im Ruhestand lebende Gymnasialdirektor Geh. Hofrat Joseph Schmalz gestorben. Zu Eiental geboren, war Geh. Hofrat Schmalz im Jahre 1869 in den badischen höheren Schuldienst eingetreten. Er war zuerst am Offenburger Gymnasium, dann als Rektor an der dortigen Höheren Mädchenschule tätig, wurde dann nach Mannheim versetzt und 1881 Direktor des jetzigen Gymnasiums in Zauberschiedheim. Von 1894 stand er dann 10 Jahre lang an der Spitze des Pfortener Gymnasiums, wurde dann nach Freiburg an das Berthold-Gymnasium versetzt, wofür er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Vorstand. Geh. Hofrat Schmalz war auch Mitglied des Landesschulrats; er hat sich durch seine Werke auf dem Gebiet der lateinischen Sprachwissenschaft einen weitverbreiteten Namen gemacht.

### Aus der Residenz.

Dem Großherzoglichen Hoftheater wird ausgeschrieben: Herr Dr. Wolf Koenneke vom Dresdener Hoftheater wurde als Dramaturg und Regisseur für die Karlsruher Hofbühne verpflichtet. Nachdem die Dresdener Generaldirektion dem Dr. Koenneke die erbetene Entlassung gewährt hat, kann er Mitte Februar hier eintreten.

Tierfuchverein: Die Januarversammlung brachte Referate des Vorsitzenden über Vienen- und Raminbenzucht in ihrer ökonomischen Bedeutung während und nach dem Kriege. In den sich anschließenden Aussprachen wurden diese sowie die Seidenraupenzucht, „Für“ und „Gegen“ die Schwarzamstel, Kleintierföderung u. a. m. in lebhaftem Meinungsaustausch behandelt. Der Vorsitzende teilt mit, daß der von ihm zusammengestellte Futterertrag aus Knochen- und Viehwaldschmelze, Gelbrübengrünze, Kanariensamen, kleingeschnittenen Vollkornmehl, etwas Hafer- und Sonnenblumensamen und Weiswurzeln bei anbauernem Frost oder dichter Schneedecke an die Mitglieder unentgeltlich abgegeben wird. Außerdem sind an für das Füttern der nützlichen Vögel besonders geeigneten Stellen 7 Futterplätze eingerichtet, die regelmäßig mit diesem Futter versehen werden. Den Schulen werden nochmals 20 Stück Kommerer „Tiergeschichten aus dem Weltkrieg“ als Geschenk übermittelt. Am Ende des Jahres wurden 7850 Tierfuchskalender 1917 an die Mitglieder, Schulen usw. verteilt. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Verein die hochherzige Spende von 100 M. zu machen. Der Grundstock für das in Aussicht genommene Tierheim beträgt 1300 M. Als Belohnung der Schutzmannschaft und Gendarmerie für Tierquälereiangelegenheiten wurden 240 bzw. 50 M. ausgeteilt. Nach Beendigung des Krieges sind Vorträge über Tierfuchbestrebungen, teilweise mit Lichtbildern, in Aussicht genommen.

### Neueste Drahtnachrichten.

W.L.B. Großes Hauptquartier, 6. Febr., vormittags (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.  
Infolge dunkigen Frohwetters blieb die Tätigkeit der Artillerie und Flieger gering. Nur zwischen Ancre und Somme war vorübergehend der Feuerkampf stark.

Von Erkundungsvorstößen im Somme-Gebiet, auf dem Ostufer der Maas und an der Lothringer Grenze wurden über 30 Engländer und Franzosen und einige Maschinengewehre zurückgebracht.

Südlicher Kriegsschauplatz.  
Von der Nigae Küste bis zum Mündungsgebiet der Donau keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.  
Zeitweilig lebhaftes Feuer im Cerna-Bogen und in der Struma-Niederung.  
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Berlin, 5. Febr. (Amtlich.) Ein deutsches Marineflugzeug belegte am 3. Februar abends die Hafenanlagen von Dänkirchen erfolgreich mit Bomben. Ein in den dortigen Schuppen entstandener Brand war beim Rückflug noch weithin sichtbar.

W.L.B. Wien, 6. Febr. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Südlicher Kriegsschauplatz.  
Nordöstlich von Kirlibaba stichen Abteilungen des Feldjägerbataillon Nr. 26 in die feindliche Hauptstellung vor, machten 20 Russen nieder und verschütteten die feindlichen Gräben. Bei Comanesci wurde ein feindlicher Jagdflieger durch Luftkampf zur Notlandung gezwungen.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.  
Lage unverändert.  
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Hüfer, Feldmarschallentant.

W.L.B. Sofia, 6. Febr. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht von gestern. In der Gegend von Bitolia ziemlich lebhaftes Artillerietätigkeit und Feuerwechsel zwischen vorgeschobenen Abteilungen. Auf der übrigen Front spärliches Artilleriefuer wie gewöhnlich. Südlich von Ceres Patrouillengeföchte. Im Wardarial und an der Küste bei Orfano Luftgeföchte. Rumänische Front: Nichts von Bedeutung.

Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil:  
Chefredakteur: C. Amend in Karlsruhe.  
Druck und Verlag:  
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

